

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 46. Ratssitzung vom 25. März 2015

828. 2014/228
Interpellation von Bernhard Piller (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 02.07.2014:
Verkauf eines Aktienpakets der Repower AG, mögliches Kaufinteresse der Stadt sowie allfällige damit verbundene Vorbehalte und Konsequenzen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1078 vom 17. Dezember 2014).

Matthias Probst (Grüne) nimmt Stellung: Die Axpo, mit ihrem 12,3 % Aktienanteil an der Repower AG, sowie der Kanton Graubünden und die Gemeindebeteiligungsgesellschaft, bei der ebenfalls der Kanton Graubünden dabei ist, wollen ihre Aktien der Repower AG verkaufen. Als Wunschkandidat des Kantons Graubünden ist unter anderem das ewz gehandelt worden. Mittlerweile weiss man, dass die Repower AG unter anderem an einem sehr umstrittenen Kohlekraftwerk in Kalabrien beteiligt ist, was auch in Graubünden zu heftigen Protesten und zu einer Kohlenausstiegs-Initiative führte. Zudem besitzt die Repower AG auch Anteile der AKEB AG, einer Beteiligungsgesellschaft für Atomkraftwerke. Zürich ist hier auch mitbeteiligt. Die Stadt kann jedoch nicht mehr mitmachen, denn der Erwerb von neuen Beteiligungen und Bezugsrechten an Kernenergieanlagen ist ausgeschlossen. Somit steht fest, dass das ewz keine Beteiligungen an der Repower AG kauft und wir hoffen, dass dies auch so bleibt.

Weitere Wortmeldung:

Heinz Schatt (SVP): Die Stadt interessiert sich nicht für die Aktien. Mit der Interpellation wird aber ein Denkverbot aufgebaut und eine Tabuzone geschaffen für energiepolitische Belange. Mit den Forderungen lässt man ausser Acht, dass im Bündnerland ein ganz beachtlicher Teil der erneuerbaren Energien zügig zum Verkauf angeboten wird. Damit wäre es möglich, einen grossen Anteil an erneuerbaren Energien für Zürich zu gewinnen. Es ist uns nicht egal, in welche Hände die Anteile letztendlich kommen. Ausser Acht lässt man auch, dass Kohlekraftwerke in gewissen Ländern unverzichtbar sind, weil sie einen wichtigen Beitrag für die Netzstabilität leisten. Ausser Acht gelassen wird ebenfalls, dass die Kernenergie einmal eingeführt wurde, weil sie CO²-neutral ist. Und überdies, dass in der Energiewirtschaft keine Projekte mit einem alleinigen Akteur durchgezogen werden können.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

2 / 2

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat